

IMPULSE 6

Besatzung kennt Regeln Humanitäres Völkerrecht im Nahostkonflikt

Materialien zur Diskussion

Verantwortlich: pax christi-Kommission Nahost
Oktober 2004

Herausgeber: pax christi, deutsche Sektion, Postfach 135, 61103 Bad Vilbel
Tel. 06101/2073 – Fax 06101/65165 – eMail: sekretariat@paxchristi.de
www.paxchristi.de

Vorwort

Humanitäres Völkerrecht beschränkt die Spielräume militärischer Gewalt. Es schützt dadurch vor allem diejenigen, die bewaffneten Konflikten und kriegerischer Besatzung weltweit am verwundbarsten ausgeliefert sind: In Zeiten moderner Kriegsführung, so die Erfahrung nach zwei Weltkriegen, ist dies die Zivilbevölkerung in den Konfliktgebieten.

Wird militärische Gewalt durch das Recht begrenzt, hilft dies aber nicht nur den Schwächsten. Das Recht trägt insgesamt dazu bei, Kriegshandlungen einzudämmen, Leiden und Schäden durch Besatzung gering zu halten und so Friedensbemühungen den Boden zu bereiten. Für die israelischen und palästinensischen Friedenskräfte, mit denen die deutsche Sektion von pax christi zusammenarbeitet, ist daher das humanitäre Völkerrecht seit langem Thema. Durch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Mauer hat die Debatte über die Stärkung des internationalen Rechts zur Beschränkung der Gewalt bei den israelischen und palästinensischen Friedenskräften erneut an Lebendigkeit gewonnen.

Mit dieser Materialsammlung wollen wir die Diskussion über die Rolle dieser „Mindeststandards der Menschlichkeit“ für die Lösung des Nahostkonflikts anregen und Handlungsperspektiven für die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union anzeigen.

pax christi-Nahostkommission, Oktober 2004

Inhalt	Seite
Rechte und Pflichten jeder Besatzungsmacht Viertes Genfer Abkommen vom 12.08.1949 (Vierte Genfer Konvention)	3
Unverhältnismäßigkeit des Mauerverlaufs Urteil des Obersten Gerichtshofs Israels über die Petition der BewohnerInnen von Beit Surik vom 30.06.2004	8
Mauerbau stellt Völkerrechtsverletzung dar Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 09.07.2004	11
Zur neueren Diskussion in Israel: Genfer Konvention anerkennen Artikel aus der israelischen Tageszeitung Ha'aretz vom 24.08.2004	18
UN-Staaten dürfen unrechtmäßige Situation durch den Mauerverlauf nicht unterstützen Resolution A/Res/ES-10/15 vom 02.08.2004	20
Die EU setzt das humanitäre Völkerrecht gegenüber Israel nicht durch Assoziierungsabkommen (Europa-Mittelmeer-Abkommen) zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel	24

Redaktion, Zusammenstellung der Texte und Übersetzung: Christina Pfestroff, Beate Gilles, Jost Eschenburg, Ansgar Koschel, Wiltrud Rösch-Metzler
Kontaktadresse: pax christi Nahostkommission, c/o Wiltrud Rösch-Metzler, Friedenstr.5, 70190 Stuttgart, nahost@paxchristi.de

Rechte und Pflichten jeder Besatzungsmacht

Viertes Genfer Abkommen vom 12.08.1949 (Vierte Genfer Konvention) - Auszüge

Besetztes Gebiet ist kein rechtsfreier Raum. Mit der Kontrolle eines Gebietes und seiner Zivilbevölkerung gehen Rechte und Pflichten einher. Sie sind im humanitären Völkerrecht festgelegt, das verschiedene Abkommen umfasst. Sie alle haben das gleiche Ziel: Minimalstandards der Menschlichkeit in bewaffnetem Konflikt verbindlich zu machen.

Die Vierte Genfer Konvention von 1949 gilt als Herzstück des humanitären Völkerrechts: Sie verpflichtet kriegführende Staaten, in bewaffnetem Konflikt und während militärischer Besetzung die Bevölkerung betroffener Gebiete menschlich zu behandeln und von vermeidbaren Leiden und Schäden zu verschonen. Das Vierte Genfer Abkommen nimmt Zivilpersonen gegen schwere individuelle Menschenrechtsverletzungen in Schutz, hat aber auch die betroffenen Gemeinwesen im Blick. Der Lebensraum und die Institutionen der ansässigen Bevölkerung sind vor willkürlicher Enteignung, Zerstörung und Besiedlung durch die Besatzungsmacht geschützt.

Israels Position war seit 1967, dass die West Bank und der Gazastreifen umstrittene bzw. von Israel verwaltete Gebiete sind, auf die die souveränen Nachbarstaaten Jordanien und Ägypten keine Ansprüche mehr erheben. Darum, so das Argument, liege keine militärische Besatzung vor und die Vierte Genfer Konvention sei rechtlich nicht anwendbar. Israel hat allerdings immer beansprucht, die „humanitären Bestimmungen“ der Konvention zu berücksichtigen – eine sehr problematische selektive Anwendung, weil Israel so entscheidende Bestimmungen wie das Verbot von Bevölkerungstransfer bzw. Siedlungsbau (Art. 49) nicht anerkennt. Der Internationale Gerichtshof hat der israelischen Rechtsauffassung klar widersprochen.

Quelle: <http://www.admin.ch/ch/index.de.html>

(Website der Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft)

Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (Auszüge) - Abgeschlossen in Genf am 12. August 1949

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen, die an der vom 21. April bis 12. August 1949 in Genf zur Ausarbeitung eines Abkommens für den Schutz der Zivilpersonen in Kriegszeiten versammelten diplomatischen Konferenz vertreten waren, haben folgendes vereinbart:

Art. 1

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

Art. 27

Die geschützten Personen haben unter allen Umständen Anspruch auf Achtung ihrer Person, ihrer Ehre, ihrer Familienrechte, ihrer religiösen Überzeugungen und Gepflogenheiten, ihrer Gewohnheiten und Gebräuche. Sie sollen jederzeit mit Menschlichkeit behandelt und namentlich vor Gewalttätigkeit oder Einschüchterung, vor Beleidigungen und der öffentlichen Neugier geschützt werden.

Die Frauen sollen besonders vor jedem Angriff auf ihre Ehre und namentlich vor Vergewaltigung, Nötigung zur Prostitution und jeder unzüchtigen Handlung geschützt werden.

Abgesehen von den bezüglich des Gesundheitszustandes, des Alters und des Geschlechts getroffenen Vorkehrungen sollen die geschützten Personen von der am Konflikt beteiligten Partei, in deren Händen sie sich befinden, mit der gleichen Rücksicht und ohne jede besonders auf Rasse, Religion oder politische Meinung beruhende Benachteiligung behandelt werden.

Immerhin können die am Konflikt beteiligten Parteien in bezug auf die geschützten Personen sol-

che Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, die sich zufolge des Kriegszustandes als notwendig erweisen könnten.

Art. 31

Auf die geschützten Personen darf keinerlei physischer oder moralischer Zwang ausgeübt werden, namentlich nicht, um von ihnen oder Drittpersonen Auskünfte zu erlangen.

Art. 32

Die Hohen Vertragsparteien verbieten sich ausdrücklich jede Maßnahme, die körperliche Leiden oder die Ausrottung der in ihrer Gewalt befindlichen geschützten Personen versuchen könnte. Dieses Verbot betrifft nicht nur Mord, Folterung, körperliche Strafen, Verstümmelungen und medizinische oder wissenschaftliche, nicht durch ärztliche Behandlung einer Person gerechtfertigte Experimente, sondern auch alle andern Grausamkeiten, gleichgültig, ob sie durch zivile Beamte oder Militärpersonen begangen werden.

Art. 33

Keine geschützte Person darf für eine Übertretung bestraft werden, die sie nicht persönlich begangen hat. Kollektivstrafen wie auch jede Maßnahme zur Einschüchterung oder Terrorisierung sind verboten.

Die Plünderung ist verboten.

Vergeltungsmassnahmen gegen geschützte Personen und ihr Eigentum sind verboten.

Art. 49

Zwangswise Einzel- oder Massenumsiedlungen sowie Deportationen von geschützten Personen aus besetztem Gebiet nach dem Gebiet der Besetzungsmacht oder dem irgendeines anderen besetzten oder unbesetzten Staates sind ohne Rücksicht auf ihren Beweggrund verboten. Immerhin kann die Besetzungsmacht eine vollständige oder teilweise Evakuierung eines bestimmten besetzten Gebietes durchführen, wenn die Sicherheit der Bevölkerung oder zwingende militärische Gründe dies erfordern. Solche Evakuierungen dürfen nicht die Umsiedlungen von geschützten Personen in Gebiete außerhalb der Grenzen des besetzten Gebietes zur Folge haben, es sei denn, eine solche Umsiedlung ließe sich aus materiellen Gründen nicht vermeiden. Unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten in dem in Frage stehenden Gebiet soll die so evakuierte Bevölkerung in ihre Heimstätten zurückgeführt werden.

[...]

Die Besetzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.

Art. 53

Es ist der Besetzungsmacht verboten, bewegliche oder unbewegliche Güter zu zerstören, die persönliches oder gemeinschaftliches Eigentum von Privatpersonen, Eigentum des Staates oder öffentlicher Körperschaften, sozialer oder genossenschaftlicher Organisationen sind, außer in Fällen, wo solche Zerstörungen wegen militärischer Operationen unerlässlich werden sollten.

Art. 146

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, alle notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Festsetzung von angemessenen Strafbestimmungen für solche Personen zu treffen, die irgendeine der im folgenden Artikel umschriebenen schweren Verletzungen des vorliegenden Abkommens begehen oder zu einer solchen Verletzung den Befehl erteilen.

[...]

Art. 147

Als schwere Verletzungen, wie sie im vorhergehenden Artikel erwähnt sind, gelten jene, die die eine oder andere der folgenden Handlungen umfassen, sofern sie gegen Personen oder Güter begangen werden, die durch das vorliegende Abkommen geschützt sind: Vorsätzlicher Mord, Folterung oder unmenschliche Behandlung, einschließlich biologischer Experimente, vorsätzliche Verursachung großer Leiden oder schwere Beeinträchtigung der körperlichen Integrität der Gesundheit, ungesetzliche Deportation oder Versetzung, ungesetzliche Gefangenhaltung, Nötigung einer geschützten Person zur Dienstleistung in den bewaffneten Kräften der feindlichen Macht oder Entzug ihres Anrechts auf ein ordentliches und unparteiisches, den Vorschriften des vorliegenden Abkommens entsprechendes Gerichtsverfahren, das Nehmen von Geiseln sowie Zerstörung und Aneignung von Gut, die nicht durch militärische Erfordernisse gerechtfertigt sind und in großem Ausmaß auf unerlaubte und willkürliche Weise vorgenommen werden.

Quelle: <http://www.admin.ch/ch/index.de.html> (Website der Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft)

**IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949
zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten**

Tag der Ausgabe: Bonn, den 1. September 1954, Bundesgesetzblatt, Jg. 1954, Teil II, 917-971

	Teil I – Allgemeine Bestimmungen
1	„Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.“
2	Anwendungsbestimmungen (international)
3	Anwendungsbestimmungen (nicht international)
4	Anwendungsbestimmungen (geschützte Personen)
5	Anwendungsbestimmungen (Einschränkungen)
6	Anwendungsbestimmungen (Dauer):
	§ Anwendung des Abkommens findet „mit der allgemeinen Einstellung der Kampfhandlungen ihr Ende“
	§ bei Besetzung ein Jahr nach Einstellung der Kampfhandlungen
	§ Besatzungsmacht ist „während der Dauer der Besetzung – soweit sie die Funktionen einer Regierung in dem in Frage stehenden Gebiet ausübt – durch die Bestimmungen der folgenden Artikel des vorliegenden Abkommens gebunden: 1-12, 27, 29-34, 47, 49, 51, 52, 53, 59, 61-77 und 143.“
7	Anwendungsbestimmungen (Sondervereinbarungen)
8	Nichtderogierbarkeit der Rechte

9	Schutzmächte
10	unparteiische Organisationen (humanitäre Tätigkeit)
11	unparteiische Organisationen (Übertragung von Schutzmacht-Funktionen)
12	Schutzmächte (gute Dienste)
	Teil II – Allgemeiner Schutz der Bevölkerung vor gewissen Kriegsfolgen
	[...]
	Teil III – Rechtsstellung und Behandlung der geschützten Personen
27	„Die geschützten Personen [...] werden jederzeit mit Menschlichkeit behandelt [...].“
29	Zurechnung der Handlungen von Beauftragten an die Besatzungsmacht
30	Gewährung von Erleichterungen für die Anrufung von Schutzmächten
31	Schutz vor Folter („keinerlei körperlicher oder seelischer Zwang“)
32	Schutz vor Grausamkeiten (Tötung, Folterung, körperliche Strafen, Verstümmelungen, medizinische/biologische Versuche, sonstige)
33	Schutz vor Kollektivstrafen (Bestrafung für eine Tat, die eine geschützte Person „nicht persönlich begangen hat“, Einschüchterung, Terrorisierung, Plünderung, „Vergeltungsmaßnahmen gegen geschützte Personen und ihr Eigentum“)
34	Schutz vor Geiselnahme
47	Wahrung der Rechtsstellung geschützter Personen bei Veränderungen (durch Eingriff in Institutionen, Vereinbarungen mit Besatzungsmacht, Annexion)
49	Schutz vor demographischen Veränderungen (rechtswidrige Verschleppung geschützter Personen im Gegensatz zu legitimen Räumungs- und Evakuierungsmaßnahmen; Verschleppung oder Verschickung eigener Bevölkerungsteile: „Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet verschleppen oder verschicken.“)
51	Schutz vor Nötigung zur Dienstleistung in den Streitkräften
52	Schutz vor ausbeuterischer Zwangsarbeit
53	Schutz vor der Zerstörung von Eigentum („Es ist der Besatzungsmacht untersagt, bewegliches oder unbewegliches Vermögen zu zerstören, das individuell oder kollektiv Privatpersonen oder dem Staat oder öffentlichen Körperschaften, sozialen oder genossenschaftlichen Organisationen gehört, außer in Fällen, in denen die Kampfhandlungen solche Zerstörungen unbedingt erforderlich machen.“)
59	humanitäre Hilfe (freier Durchlaß für Lebensmittel, Arznei, Kleidung)
61	humanitäre Hilfe (Verteilung von Hilfssendungen)
62	humanitäre Hilfe (Einzel-Hilfssendungen)

63	humanitäre Hilfe (Unabhängigkeit der Hilfsorganisationen)
64	Schutz vor Veränderungen des Strafrechts des besetzten Gebiets (bei Zulässigkeit unerlässlicher Bestimmungen „zur Aufrechterhaltung einer ordentlichen Verwaltung des Gebietes und zur Gewährleistung der Sicherheit“)
65	Strafbestimmungen (Inkrafttreten)
66	Strafbestimmungen (Militärgerichtsbarkeit)
67	Strafbestimmungen (Rechtsprinzipien)
68	Strafbestimmungen (Strafmaß)
69	Strafbestimmungen (Anrechnung der Untersuchungshaft auf das Strafmaß)
70	Strafbestimmungen (Verbot rückwirkender Bestrafung)
71	Strafbestimmungen (ordentliches Verfahren)
72	Strafbestimmungen (Verteidigung)
73	Strafbestimmungen (Rechtsmittel)
74	Strafbestimmungen (Notifizierung der Schutzmacht)
75	Strafbestimmungen (Todesstrafe)
76	Strafbestimmungen (Strafanstalten)
77	Strafbestimmungen (Abschluß der Besetzung)
	Teil IV – Durchführung des Abkommens
143	Zugang der Schutzmächte zu Internierten

147	Als „schwere Verletzung“ gilt „jede der folgenden Handlungen, sofern sie gegen durch das Abkommen geschützte Personen oder Güter begangen wird:
	§ vorsätzliche Tötung,
	§ Folterung oder
	§ unmenschliche Behandlung einschließlich biologischer Versuche,
	§ vorsätzliche Verursachung großer Leiden oder
	§ schwere Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit oder der Gesundheit,
	§ rechtswidrige Verschleppung oder rechtswidrige Verschickung,
	§ rechtswidrige Gefangenhaltung,
	§ Nötigung einer geschützten Person zur Dienstleistung in den Streitkräften der feindlichen Macht oder
	§ Entzug eines Anrechts auf ein ordentliches und unparteiisches, den Vorschriften des vorliegenden Abkommens entsprechendes Gerichtsverfahren,
	§ das Festnehmen von Geiseln, sowie
	§ Zerstörung und Aneignung von Eigentum, die durch militärische Erfordernisse nicht gerechtfertigt sind und in großem Ausmaß rechtswidrig und willkürlich vorgenommen werden.“

Unverhältnismäßigkeit des Mauerverlaufs

Urteil des Obersten Gerichtshofs Israels über die Petition der BewohnerInnen von Beit Sourik vom 30.06.2004 (Auszüge)

Am 30. Juni 2004 gab der israelische *High Court of Justice* (HCJ) mehreren Petitionen von palästinensischen Bewohnern aus dem Umland des Ortes Beit Sourik statt. Die Enteignung ihres Landes wurde für nichtig erklärt. Das israelische Militär muss über eine Strecke von rund 30 km nordwestlich von Jerusalem nun einen anderen Verlauf für die Sperranlage suchen, der keine unverhältnismäßigen Schäden für die betroffenen Anwohner mit sich bringt.

Als der Gerichtshof in Jerusalem sein bemerkenswertes Urteil fällte, sprachen Kommentatoren von einer ‚Vorauswirkung‘ des für den 9. Juli erwarteten Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs IGH. Der israelische Gerichtshof behandelte allerdings nur die Frage, ob *bestimmte Abschnitte* der Sperranlagen innerhalb der besetzten Gebiete dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen. Der IGH stellte demgegenüber fest, dass *jeglicher* Verlauf innerhalb der besetzten Gebiete einen Verstoß gegen internationales Recht darstellt, weil er in jedem Fall die Rechte der von der Vierten Genfer Konvention geschützten Zivilbevölkerung verletzt.

Quelle: www.hamoked.org

(Website der israelischen Menschenrechtsorganisation HaMoked, Israeli Law/Case Law)

Gemeindevertretung Beit Sourik gegen die Regierung des Staates Israel

Oberster Gerichtshof (Jerusalem), HCJ 2056/04, 30. Juni 2004

Urteil (A. Barak, E. Mazza, M. Cheshin)

“Der Streitpunkt ist, ob die Enteignungsbescheide und der Zaun rechtmäßig sind.”

(23.) “Der allgemeine Ausgangspunkt für alle Parteien – der auch unser Ausgangspunkt ist – ist, dass Israel dieses Gebiet unter militärischer Besetzung hält. [...] Die Autorität des militärischen Befehlshabers ergibt sich aus den Bestimmungen des internationalen Rechts in Bezug auf militärische Besetzung.”

(27.) “Dem militärischen Befehlshaber ist es nicht gestattet, die nationalen, wirtschaftlichen oder sozialen Interessen seines eigenen Landes zu berücksichtigen. [...] Dieser Gerichtshof hat immer wieder betont, dass die Autorität des militärischen Befehlshabers ihrem Wesen nach zeitlich begrenzt ist, ebenso wie militärische Besetzung selbst ihrem Wesen nach zeitlich begrenzt ist.”

(31.) “Wir haben keinen Grund zu der Annahme, dass das Ziel [der Festlegung eines fraglichen Streckenabschnitts] politischer statt sicherheitsbegründeter Natur ist.”

(33.) “Es steht nicht im freien Ermessen des militärischen Befehlshabers, in dem Gebiet, das von ihm in militärischer Besetzung gehalten wird, jedwede primär durch Sicherheitsüberlegungen motivierte Aktivität durchzuführen. [...] Der militärische Befehlshaber ist *nicht* Souverän in den besetzten Gebieten. [...] Er muss im Rahmen des Gesetzes handeln, das seine Autorität in einer Situation militärischer Besetzung begründet.”

(34.) “Die Sorge um die Menschenrechte steht im Zentrum der humanitären Überlegungen, die der militärische Befehlshaber in Rechnung stellen muss.”

(35.) “Die Regeln in Artikel 46 der Haager Landkriegsordnung und in Artikel 27 der 4. Genfer Konvention erlegen dem militärischen Befehlshaber eine doppelte Verpflichtung auf: Er muss von Handlungen absehen, die den lokalen Bewohnern Schaden zufügen. Das ist seine ‘negative’ Verpflichtung. Er muss außerdem die gesetzlich geforderten Maßnahmen vornehmen, um sicher zu stellen, dass den lokalen Bewohnern kein Schaden entsteht. Das ist seine ‘positive’ Verpflichtung.”

(40.) “Drei untergeordnete Kriterien geben dem ‚Prinzip der Proportionalität‘ spezifischen Inhalt“:
- das Kriterium des ‚geeigneten Mittels‘
- das Kriterium des ‚schonendsten Mittels‘
- das Kriterium des ‚verhältnismäßigen Mittels‘

(44.) “Die Schlüsselfrage den Verlauf des Zaunes betreffend ist: Entspricht der Verlauf des Zaunes dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit? (59.) „Dieses Kriterium wägt die Kosten gegen den Nutzen ab.“

(60.) “Unsere Antwort ist, dass die Beziehung zwischen dem Schaden zulasten der lokalen Bevölkerung und dem Sicherheitsnutzen durch den Bau des Trennungsauns entlang des Verlaufs, der durch den militärischen Befehlshaber bestimmt wurde, nicht verhältnismäßig ist. [...] Das Leben der Bauern wird sich vollständig gegenüber ihrem bisherigen Leben ändern. Die Route des Trennungsauns stellt eine schwere Verletzung ihres Rechts auf Eigentum und auf Bewegungsfreiheit dar. Ihre Möglichkeiten zum Erwerb ihres Lebensunterhalts werden gravierend beeinträchtigt. Die schwierigen Lebensumstände, unter denen sie schon jetzt leiden (zum Beispiel durch die hohe Arbeitslosigkeit in dieser Gegend), werden nur noch bedrückender werden.“

(61.) “Diese Schäden sind unverhältnismäßig. [...] Das humanitäre Völkerrecht auf der einen Seite und die Grundprinzipien des israelischen Verwaltungsrechts auf der anderen fordern, jede nur mögliche Anstrengung zu unternehmen, um sicherzustellen, dass Schäden dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen.“

(76.) (Befehl Nr. Tav/109/103) “Die humanitären Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung und der 4. Genfer Konvention sind nicht erfüllt.”

(83.) "Bei den Anhörungen fragten wir den Beklagten, ob es möglich wäre, den Antragstellern dadurch einen Ausgleich zu schaffen, dass man ihnen anderes Land im Austausch gegen das Land anbietet, das ihnen zum Bau des Zauns weggenommen wird und von dem sie abgetrennt werden. Wir erhielten keine zufriedenstellende Antwort. Dieser Antrag betrifft Bauern, die von ihrem Land leben. Das Wegnehmen des Landes der Antragsteller verpflichtet den Beklagten unter diesen Umständen zu versuchen, anderes Land im Austausch gegen das Land zu finden, das den Antragstellern genommen wird. Kompensation durch Geld darf nur dann angeboten werden, wenn kein Ersatzland vorhanden ist."

(84.) "Der Schaden, der durch den Trennungszäun verursacht wird, ist nicht auf die Anwohner und ihren Zugang zu ihren Ländereien beschränkt. Die Rechtsverletzung greift viel weiter. Sie durchkreuzt das soziale Leben der gesamten Bevölkerung."

(Schlussbemerkung) „Wir sind uns bewusst, dass auf kurze Sicht dieses Urteil den Kampf des Staates gegen die nicht einfacher machen wird, die sich gegen ihn erheben. [...] Was den Kampf des Staates gegen den gegen ihn gerichteten Terror angeht, so sind wir überzeugt, dass letztlich ein Kampf gemäß geltendem Recht die Macht und den Mut des Staates stärken wird.“

(Schlussbemerkung) „Es gibt keine Sicherheit ohne Recht. Die Bestimmungen des Rechts zu erfüllen ist ein Aspekt der nationalen Sicherheit.“

(Schlussbemerkung) „Eine Demokratie muss manchmal ‚mit einem Arm fest hinter ihrem Rücken [d.h. unter Beachtung der Einschränkung von Gewaltanwendung durch geltendes Recht]‘ kämpfen. Trotzdem behält die Demokratie die Oberhand. [...] Das gilt auch für diesen Fall. Nur ein Trennungszäun, der auf einer rechtmäßigen Grundlage gebaut ist, wird dem Staat und seinen Bürgern Sicherheit gewähren. Nur ein Trennungsverlauf, der dem Weg des Rechts folgt, wird den Staat zu der Sicherheit führen, die er so dringend erstrebt.“

„Wir geben dem Antrag gegen die Enteignungsbescheide Tav ... statt. Dies bedeutet, dass diese Verfügungen null und nichtig sind, da ihr Schaden für die lokale Bevölkerung unverhältnismäßig ist.“

(übersetzt von der Kommission Nahost – Offizieller Text in englischer Sprache folgt)

Beit Sourik Village Council vs. The Government of the State of Israel

High Court of Justice (Jerusalem), HCJ 2056/04, 30. June 2004

Judgment (A. Barak, E. Mazza, M. Cheshin)

"The question before us is whether the orders and the fence are legal."

(23.) "The general point of departure of all parties – which is also our point of departure – is that Israel holds the area in belligerent occupation. [...] The authority of the military commander flows from the provisions of public international law regarding belligerent occupation."

(27.) The military commander is not permitted to take the national, economic, or social interests of his own country into account. [...] This Court has emphasized time and time again, that the authority of the military commander is inherently temporary, as belligerent occupation is inherently temporary."

(31.) "We have no reason to assume that the objective is political rather than security-based."

(33.) "The military commander is not at liberty to pursue, in the area held by him in belligerent

occupation, every activity which is primarily motivated by security concerns. [...] Indeed, the military commander is not the sovereign in the occupied territory. [...] He must act within the law which establishes his authority in a situation of belligerent occupation.

(34.) "The concern for human rights stands at the center of the humanitarian considerations which the military commander must take into account."

(35.) "The rules in Regulation 46 of the Hague Regulations and in Article 27 of the Fourth Geneva Convention cast a double obligation upon the military commander: he must refrain from actions that injure the local inhabitants. This is his 'negative' obligation. He must take the legally required actions in order to ensure that the local inhabitants shall not be injured. This is his 'positive' obligation."

(40.) "three subtests grant specific content to the principle of proportionality": (41.)

- 'appropriate means' test
- 'least injurious means' test
- 'proportionate means' test

(44.) "The key question regarding the route of the fence is: is the route of the separation fence proportionate?" (59.) "This subtest weighs the costs against the benefits."

(60.) "Our answer is that the relationship between the injury to the local inhabitants and the security benefit from the construction of the separation fence along the route, as determined by the military commander, is not proportionate. [...] the life of the farmer will change completely in comparison to his previous life. The route of the separation fence severely violates their right to property and their freedom of movement. Their livelihood is severely impaired. The difficult reality of life from which they have suffered (due, for example, to high unemployment in that area) will only become more severe."

(61.) "These injuries are not proportionate. [...] International humanitarian law on one hand, however, and the basic principles of Israeli administrative law on the other, require making every possible effort to ensure that injury will be proportionate."

(76.) (Order no. Tav/109/103) "The humanitarian provisions of the Hague Regulations and of the Fourth Geneva Convention are not satisfied."

(83.) "During the hearings, we asked respondent whether it would be possible to compensate petitioners by offering them other lands in exchange for the lands that were taken to build the fence and the lands that they will be separated from. We did not receive a satisfactory answer. This petition concerns farmers that make their living from the land. Taking petitioners' land obligates the respondent, under the circumstances, to attempt to find other lands in exchange for the lands taken from the petitioners. Monetary compensation may only be offered if there are no substitute lands."

(84.) "The injury caused by the separation fence is not restricted to the lands of the inhabitants and to their access to these lands. The injury is of far wider a scope. It strikes across the fabric of life of the entire population."

(Epilogue) "We are aware that in the short term, this judgment will not make the state's struggle against those rising up against it easier. [...] Regarding the state's struggle against the terror that rises up against it, we are convinced that at the end of the day, a struggle according to the law will strengthen her power and her spirit."

(Epilogue) "There is no security without law. Satisfying the provisions of the law is an aspect of

national security.”

(Epilogue) “A democracy must sometimes fight with one arm tied behind her back. Even so, a democracy has the upper hand. [...] That goes for this case as well. Only a separation fence built on a base of law will grant security to the state and its citizens. Only a separation route based on the path of law, will lead the state to the security so yearned for.”

“We accept that the petition against orders Tav..., meaning that these orders are nullified, since their injury to the local inhabitants is disproportionate.”

Mauerbau stellt Völkerrechtsverletzung dar

Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 09.07.2004, Auszüge, Leitsätze in deutscher Übersetzung des Auswärtigen Amtes

Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zu den Rechtsfolgen des Mauerbaus in besetztem palästinensischem Gebiet vom 9. Juli 2004 war überraschend deutlich. Die Den Haager Richter haben bestätigt, dass Israel in seiner Funktion als Besatzungsmacht an die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts und die Standards der beiden Menschenrechtspakte gebunden ist. Auch und gerade wegen seines legitimen Sicherheitsanliegens – so der Spruch – ist Israel an die Vierte Genfer Konvention gebunden. Die Richter folgern daraus, dass Israels Mauerbau in besetztem Gebiet eine Völkerrechtsverletzung darstellt.

Zur Beendigung des Rechtsverstoßes hält der Gerichtshof drei Maßnahmen für notwendig: (a) die Beendigung des Mauerbaus, (b) den Abbau der bestehenden Baukonstruktion und (c) die Aufhebung von Rechtssetzungsakten im Zusammenhang mit dem Mauerbau. Zudem stellt das Gutachten fest, dass Israel Entschädigung für entstandene Schäden leisten muss.

Der IGH betont neben den Rechtspflichten Israels und der Palästinenser aber auch die Völkerrechtspflichten der internationalen Gemeinschaft. Alle Staaten sind nach dem Gutachten verpflichtet, keine finanzielle Unterstützung zu leisten, die diese rechtswidrige Situation aufrecht erhalten könnte. Der Gerichtshof unterstreicht, dass darüber hinaus die Vertragsparteien der Vierten Genfer Konvention durchsetzen müssen, dass Israel das humanitäre Völkerrecht einhält.

Das Gutachten, das nicht rechtlich bindend ist, ist richtungsweisend für die Durchsetzung von humanitärem Völkerrecht und Menschenrechten in den von Israel besetzten Gebieten.

Quelle: www.icj-cij.org (Website des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag)

Auszug aus dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag zur israelischen Mauer

Offizielle Übersetzung der Bundesregierung, 105 – 0403568 [ausführliche Fassung in englischer Sprache folgt]

(...)

163. Aus diesen Gründen

(1) stellt das Gericht einstimmig fest, dass es für die Abgabe des gewünschten Gutachtens rechtlich zuständig ist;

(2) beschließt das Gericht mit 14 Stimmen bei einer Gegenstimme, dem Ersuchen um ein Gutachten nachzukommen;

Ja-Stimmen: Gerichtspräsident Shi, Vizepräsident Ranjeva, Richter Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Kooijmans, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

Gegenstimme: Richter Buergenthal;

(3) antwortet das Gericht wie folgt auf die Frage der Generalversammlung:

A. Mit vierzehn Stimmen bei einer Gegenstimme:

Der Bau der Mauer durch die Besatzungsmacht Israel im besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ostjerusalem und seiner Umgebung, sowie die mit der Mauer verbundenen Vorkehrungen verstoßen gegen das Völkerrecht;

Ja-Stimmen: Präsident Shi, Vizepräsident Ranjeva; Richter Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Kooijmans, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

Gegenstimme: Richter Buergenthal;

B. Mit vierzehn Stimmen bei einer Gegenstimme:

Israel ist verpflichtet, sein völkerrechtswidriges Verhalten zu beenden; es ist verpflichtet, die Bauarbeiten an der im besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ostjerusalem und seiner Umgebung, im Bau befindlichen Mauer umgehend zu beenden, die dort befindlichen Strukturen unmittelbar abzubauen und im Einklang mit Absatz 151 dieses Gutachtens alle einschlägigen Gesetze und Verordnungen umgehend aufzuheben oder außer Kraft zu setzen;

Ja-Stimmen: Präsident Shi, Vizepräsident Ranjeva, Richter Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Kooijmans, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

Gegenstimme: Richter Buergenthal;

C. Mit vierzehn Stimmen bei einer Gegenstimme:

Israel ist verpflichtet, für alle durch den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ostjerusalem und seiner Umgebung, verursachten Schäden Wiedergutmachung zu leisten;

Ja-Stimmen: Präsident Shi, Vizepräsident Ranjeva; Richter Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Kooijmans, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

Gegenstimme: Richter Buergenthal;

D. Mit dreizehn Stimmen bei zwei Gegenstimmen:

Alle Staaten sind verpflichtet, die rechtswidrige Situation nicht anzuerkennen, die sich aus dem Bau der Mauer ergibt, und Hilfsmaßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der durch den Bau der Mauer geschaffenen Lage beitragen, zu unterlassen; alle Parteien des IV. Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten sind darüber hinaus verpflichtet, unter Achtung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts sicherzustellen, dass Israel das in diesem Abkommen niedergelegte humanitäre Völkerrecht einhält;

Ja-Stimmen: Präsident Shi, Vizepräsident Ranjeva; Richter Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

Gegenstimmen: Richter Kooijmans, Buergenthal;

E. Mit vierzehn Stimmen bei einer Gegenstimme:

Die Vereinten Nationen und insbesondere die Generalversammlung und der Sicherheitsrat sollten prüfen, welche weiteren Maßnahmen erforderlich sind, um die sich aus dem Bau der Mauer und den dazugehörigen Vorkehrungen ergebende rechtswidrige Situation zu beenden und dabei das vorliegende Gutachten gebührend zu berücksichtigen.

Ja-Stimmen: Präsident Shi, Vizepräsident Ranjeva; Richter: Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Kooijmans, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

Gegenstimme: Richter Buergenthal.

Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory (Request for advisory opinion) Summary of the Advisory Opinion of 9. July 2004

History of the proceedings (paras. 1-12)

The Court first recalls that on 10 December 2003 the Secretary-General of the United Nations officially communicated to the Court the decision taken by the General Assembly to submit the question set forth in its resolution ES-10/14, adopted on 8 December 2003 at its Tenth Emergency Special Session, for an advisory opinion. The question is the following:

“What are the legal consequences arising from the construction of the wall being built by Israel, the occupying Power, in the Occupied Palestinian Territory, including in and around East Jerusalem, as described in the report of the Secretary-General, considering the rules and principles of international law, including the Fourth Geneva Convention of 1949, and relevant Security Council and General Assembly resolutions?”

[...]

The Court concludes that it has jurisdiction to give an opinion on the question put to it by the General Assembly and that there is no compelling reason for it to use its discretionary power not to give that opinion.

[...]

Description of the wall (paras. 79-85)

The Court goes on to describe, on the basis of the information available to it in a report by the United Nations Secretary-General and the Written Statement presented to the Court by the Secretary-General, the works already constructed or in course of construction in that territory.

Relevant rules and principles of international law (paras. 86-113)

It then turns to the determination of the rules and principles of international law which are relevant in assessing the legality of the measures taken by Israel. It observes that such rules and principles can be found in the United Nations Charter and certain other treaties, in customary international law and in the relevant resolutions adopted pursuant to the Charter by the General Assembly and the Security Council. It is aware, however, that doubts have been expressed by Israel as to the applicability in the Occupied Palestinian Territory of certain rules of international humanitarian law and human rights instruments.

[...]

International humanitarian law (paras. 89-101)

As regards international humanitarian law, the Court first recalls that Israel is not a party to the Fourth Hague Convention of 1907, to which the Hague Regulations are annexed. It considers, however, that the provisions of the Hague Regulations have become part of customary law, as is in fact recognized by all the participants in the proceedings before the Court. The Court also observes that, pursuant to Article 154 of the Fourth Geneva Convention, that Convention is supplementary to Sections II and III of the Hague Regulations. Section III of those Regulations, which concerns “Military authority over the territory of the hostile State”, is particularly pertinent in the present case.

Secondly, with regard to the Fourth Geneva Convention, the Court takes note that differing views have been expressed by the participants in these proceedings. Israel, contrary to the great majority of the participants, disputes the applicability *de jure* of the Convention to the Occupied Palestinian Territory. The Court recalls that the Fourth Geneva Convention was ratified by Israel on 6 July 1951 and that Israel is a party to that Convention; that Jordan has also been a party thereto since 29 May 1951; and that neither of the two States has made any reservation that would be pertinent to the present proceedings. The Court observes that the Israeli authorities have indicated on a number of occasions that in fact they generally apply the humanitarian provisions of the Fourth Geneva Convention within the occupied territories. However, according to Israel’s position, that Convention is not applicable *de jure* within those territories because, under Article 2, paragraph 2, it applies only in the case of occupation of territories falling under the sovereignty of a High Contracting Party involved in an armed conflict. Israel explains that the territories occupied by Israel subsequent to the 1967 conflict had not previously fallen under Jordanian sovereignty.

The Court notes that, according to the first paragraph of Article 2 of the Fourth Geneva Convention, when two conditions are fulfilled, namely that there exists an armed conflict (whether or not a state of war has been recognized), and that the conflict has arisen between two contracting parties, then the Convention applies, in particular, in any territory occupied in the course of the conflict by one of the contracting parties. The object of the second paragraph of Article 2, which refers to “occupation of the territory of a High Contracting Party”, is not to restrict the scope of application of the Convention, as defined by the first paragraph, by excluding therefrom territories not falling under the sovereignty of one of the contracting parties, but simply to making it clear that, even if occupation effected during the conflict met no armed resistance, the Convention is still applicable.

This interpretation reflects the intention of the drafters of the Fourth Geneva Convention to protect civilians who find themselves, in whatever way, in the hands of the occupying Power, regardless of the status of the occupied territories, and is confirmed by the Convention’s *travaux préparatoires*. The States parties to the Fourth Geneva Convention, at their Conference on 15 July 1999, approved that interpretation, which has also been adopted by the ICRC, the General Assembly and the Security Council. The Court finally makes mention of a judgment of the Supreme Court of Israel dated 30 May 2004, to a similar effect.

In view of the foregoing, the Court considers that the Fourth Geneva Convention is applicable in the Palestinian territories which before the 1967 conflict lay to the east of the Green Line and which, during that conflict, were occupied by Israel, there being no need for any enquiry into the precise prior status of those territories.

Human rights law (paras. 102-113)

The participants in the proceedings before the Court also disagree whether the international human rights conventions to which Israel is party apply within the Occupied Palestinian Territory. Annex I to the report of the Secretary-General states:

“4. Israel denies that the International Covenant on Civil and Political Rights and the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, both of which it has signed, are applicable to

the occupied Palestinian territory. It asserts that humanitarian law is the protection granted in a conflict situation such as the one in the West Bank and Gaza Strip, whereas human rights treaties were intended for the protection of citizens from their own Government in times of peace.”

On 3 October 1991 Israel ratified both the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights of 19 December 1966 and the International Covenant on Civil and Political Rights of the same date, as well as the United Nations Convention on the Rights of the Child of 20 November 1989.

On the question of the relationship between international humanitarian law and human rights law, the Court first recalls its finding, in a previous case, that the protection of the International Covenant on Civil and Political Rights does not cease in time of war (*I.C.J. Reports 1996 (I)*, p. 240, para. 25). More generally, it considers that the protection offered by human rights conventions does not cease in case of armed conflict, save through the effect of provisions for derogation of the kind to be found in Article 4 of the International Covenant on Civil and Political Rights. It notes that there are thus three possible situations: Some rights may be exclusively matters of international humanitarian law; others may be exclusively matters of human rights law; yet others may be matters of both these branches of international law. In order to answer the question put to it, the Court will have to take into consideration both these branches of international law, namely human rights law and, as *lex specialis*, international humanitarian law.

It remains to be determined whether the two international Covenants and the Convention on the Rights of the Child are applicable only on the territories of the States parties thereto or whether they are also applicable outside those territories and, if so, in what circumstances. After examination of the provision of the two international Covenants, in the light of the relevant *travaux préparatoires* and of the position of Israel in communications to the Human Rights Committee and the Committee on Economic, Social and Cultural Rights, the Court concludes that those instruments are applicable in respect of acts done by a State in the exercise of its jurisdiction outside its own territory. In the case of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, Israel is also under an obligation not to raise any obstacle to the exercise of such rights in those fields where competence has been transferred to Palestinian authorities. The Court further concludes that the Convention on the Rights of the Child is also applicable within the Occupied Palestinian Territory.

[...]

The Court considers that its conclusion that the construction of the wall by Israel in the Occupied Palestinian Territory is contrary to international law must be placed in a more general context. Since 1947, the year when General Assembly resolution 181 (II) was adopted and the Mandate for Palestine was terminated, there has been a succession of armed conflicts, acts of indiscriminate violence and repressive measures on the former mandated territory. The Court would emphasize that both Israel and Palestine are under an obligation scrupulously to observe the rules of international humanitarian law, one of the paramount purposes of which is to protect civilian life. Illegal actions and unilateral decisions have been taken on all sides, whereas, in the Court's view, this tragic situation can be brought to an end only through implementation in good faith of all relevant Security Council resolutions, in particular resolutions 242 (1967) and 338 (1973). The "Roadmap" approved by Security Council resolution 1515 (2003) represents the most recent of efforts to initiate negotiations to this end. The Court considers that it has a duty to draw the attention of the General Assembly, to which the present Opinion is addressed, to the need for these efforts to be encouraged with a view to achieving as soon as possible, on the basis of international law, a negotiated solution to the outstanding problems and the establishment of a Palestinian State, existing side by side with Israel and its other neighbours, with peace and security for all in the region.

The full text of the final paragraph (para. 163) reads as follows:

“For these reasons, the Court,

(1) Unanimously,

Finds that it has jurisdiction to give the advisory opinion requested;

(2) By fourteen votes to one,

Decides to comply with the request for an advisory opinion;

in favour: President Shi; Vice-President Ranjeva; Judges Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Kooijmans, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

against: Judge Buergenthal;

3 Replies in the following manner to the question put by the General Assembly:

A. By fourteen votes to one,

The construction of the wall being built by Israel, the occupying Power, in the Occupied Palestinian Territory, including in and around East Jerusalem, and its associated régime, are contrary to international law;

in favour: President Shi; Vice-President Ranjeva; Judges Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Kooijmans, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

against: Judge Buergenthal;

B. By fourteen votes to one,

Israel is under an obligation to terminate its breaches of international law; it is under an obligation to cease forthwith the works of construction of the wall being built in the Occupied Palestinian Territory, including in and around East Jerusalem, to dismantle forthwith the structure therein situated, and to repeal or render ineffective forthwith all legislative and regulatory acts relating thereto, in accordance with paragraph 151 of this Opinion;

in favour: President Shi; Vice-President Ranjeva; Judges Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Kooijmans, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

against: Judge Buergenthal;

C. By fourteen votes to one,

Israel is under an obligation to make reparation for all damage caused by the construction of the wall in the Occupied Palestinian Territory, including in and around East Jerusalem;

in favour: President Shi; Vice-President Ranjeva; Judges Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Kooijmans, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

against: Judge Buergenthal;

D. By thirteen votes to two,

All States are under an obligation not to recognize the illegal situation resulting from the construction of the wall and not to render aid or assistance in maintaining the situation created by such

construction; all States parties to the Fourth Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War of 12 August 1949 have in addition the obligation, while respecting the United Nations Charter and international law, to ensure compliance by Israel with international humanitarian law as embodied in that Convention;

in favour: President Shi; Vice-President Ranjeva; Judges Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

against: Judges Kooijmans, Buergenthal;

E. By fourteen votes to one,

The United Nations, and especially the General Assembly and the Security Council, should consider what further action is required to bring to an end the illegal situation resulting from the construction of the wall and the associated régime, taking due account of the present Advisory Opinion.

in favour: President Shi; Vice-President Ranjeva; Judges Guillaume, Koroma, Vereshchetin, Higgins, Parra-Aranguren, Kooijmans, Rezek, Al-Khasawneh, Elaraby, Owada, Simma, Tomka;

against: Judge Buergenthal.”

Zur neueren Diskussion in Israel: Genfer Konvention anerkennen

Artikel aus der israelischen Tageszeitung Ha'aretz vom 24.08.2004

In Reaktion auf das Gutachten des IGH im Juli 2004 empfahl im Sommer eine Arbeitsgruppe des israelischen Justizministeriums um Generalstaatsanwalt Mazuz der israelischen Regierung, die Anwendbarkeit der Genfer Konventionen formell anzuerkennen. Menschenrechtsorganisationen in Israel erheben diese Forderung seit langem. Der Artikel aus der linksliberalen Zeitung Ha'aretz bewertet die Empfehlung des Expertenteams vor dem Hintergrund der offiziellen Position Israels seit 1967.

Quelle: www.haaretz.com, 24.08.2004 (Website der engl. Ausgabe der israelischen Tageszeitung Ha'aretz)

Urteil des Internationalen Gerichtshofs macht Anwendung der Genfer Konvention nötig

letzte Fassung: 25.8.2004, Aluf Benn, Haaretz-Korrespondent

Der Justizminister bestätigte am Dienstag einen Bericht von Haaretz, dass der Generalstaatsanwalt der Regierung empfohlen hat, sie sollte die Möglichkeit "gründlich prüfen", die 4. Genfer Konvention (die die Behandlung von Zivilisten in besetzten Gebieten behandelt) formell auf die West Bank und den Gazastreifen anzuwenden.

Wie von Haaretz berichtet, hat ein Rechtsberaterteam des Justizministeriums empfohlen, dass das internationale Abkommen in einer Weise angewandt werden muss, die das Recht Israels aufrecht erhält, die Verantwortung für die Sicherheit in diesen Gebieten zu übernehmen.

Das Team war eingesetzt durch den Generalstaatsanwalt Menachem Mazuz, um die

Implikationen der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes vom 9. Juli über den Trennungsaum zu prüfen.

Mazuz glaubt, dass das Urteil es erfordert, dass Israel die Konvention in den Territorien anwendet. Mazuz gab seine Empfehlung im Lichte der Entscheidung des Gerichtshofs, dass der Vertrag de jure auf die Territorien anwendbar ist und dass Israel die humanitären Aspekte der Konvention seit einiger Zeit „de facto und darüber hinaus“ angewendet hat.

Zudem, als der Oberste Gerichtshof die Aktivitäten der Armee in den Territorien überprüfte, tat er dies in Übereinstimmung mit den Leitlinien des Vertrages. Wenn die Empfehlung des Teams angenommen wird, würde das eine Kehrtwende bedeuten in der konsistenten Politik aller vorhergehenden israelischen Regierungen, nämlich nicht die Genfer Konvention auf die Territorien anzuwenden. Israels Position ist, dass es vor 1967 keinen anerkannten Souverän in diesen Gebieten gab, also sind sie keine „besetzten Gebiete“ im Sinne der Definition in der Konvention. Israel hat zugestimmt, de facto die humanitären Verfügungen der Konvention anzuwenden, aber immer betont, dass dies keine formelle Anerkennung der Anwendbarkeit der Konvention konstituiert. Insbesondere weist Israel die Behauptung zurück, dass die Siedlungen die Konvention verletzen, die die Umsiedlung von Zivilisten in besetzte Gebiete verbietet.

Die Palästinenser und ihre internationalen Unterstützer opponieren Israels Position und haben zahlreiche UN-Resolutionen unterstützt, die feststellten, dass der Vertrag auf die Territorien anwendbar sei und bindend ist für Israel. Der Internationale Gerichtshof akzeptierte diese Position bei seinem Rechtsgutachten über den Zaun.

Das Team des Justizministeriums, angeführt vom stellvertretenden Generalstaatsanwalt Shavit Mattias, schlug vor, dass die Regierung ihre Einstellung zu der Konvention, zu UN-Berichtstaten in den Territorien und zum Internationalen Gerichtshof ändert. Es wurde argumentiert, dass israelische Regierungsvertreter davon absehen sollten, den Gerichtshof anzugreifen, und dass der Verlauf des Zauns "Sensibilität" gegenüber der Entscheidung des Gerichts demonstrieren muss.

Es wurde auch gesagt, dass Israel im Lichte der Entscheidung des Gerichtshofs die Art und Weise überdenken sollte, in der die Armee und andere israelische Behörden in den Territorien operieren. Die Entscheidung konnte als Grundlage für anti-israelische Aktivität auf internationalen Foren dienen und sogar zu Sanktionen führen, wurde gewarnt.

Das Team empfahl, den Zaun so nahe wie nur möglich an der "grünen Linie" zu bauen, wobei die Sicherheitsbedürfnisse und die Notwendigkeit, Schaden für die Palästinenser zu minimieren, zu berücksichtigen sind. Wo Siedlungen die Grüne Linie berühren, sollte der Zaun so nah wie möglich an den äußersten Häusern dieser Siedlungen liegen. Allerdings weigerte sich das Rechtsberaterenteam des Justizministeriums, Empfehlungen über den Verlauf des Zauns in Jerusalem abzugeben.

Es wurde auch empfohlen, das Passierschein-System für Palästinenser, die nahe am Zaun leben, an die Prinzipien des internationalen humanitären Rechts anzupassen. Die Vertreter des Militärs und Verteidigungsministeriums sollen Anfang September dem Kabinett den revidierten Verlauf des Zauns zwischen Elkana und Jerusalem vorstellen. Der neue Verlauf war nötig geworden durch eine Entscheidung des Hohen Justizgerichtshofs vom 30. Juni, die einen Abschnitt des Zauns nordwestlich von Jerusalem nicht gestattete, und zwar wegen des Schadens, den er für die lokalen Einwohner verursachte. Die Entscheidung des Internationalen Justizgerichtshofs vom 9. Juli sagte, dass der Zaun nicht auf „besetztem palästinensischen Territorium“ gebaut werden kann, d.h. nirgends jenseits der Grünen Linie, und dass Israel die schon vorhandenen Abschnitte abbauen und die Palästinenser entschädigen muss. Es wurde auch entschieden, dass die Besetzung und die Siedlungen internationales Recht verletzen.

Die UN-Generalversammlung schloss sich dieser Meinung am 20. Juli an, und sie erwartet, die Angelegenheit im September wieder zu diskutieren; dann werden die Palästinenser

wahrscheinlich Sanktionen gegen Israel fordern. Sollten die Amerikaner wie erwartet im Sicherheitsrat ihr Veto gegen diese Idee einlegen, werden die Palästinenser die Generalversammlung bitten zu empfehlen, dass die Mitgliedsstaaten Sanktionen erheben.

<http://www.haaretz.com/hasen/objects/pages/PrintArticleEn.jhtml?itemNo=468600>

AG: Consider adopting Geneva Convention in W. Bank

By Aluf Benn, Ha'aretz Correspondent

The government should „Thoroughly examine“ the possibility of formally applying the Fourth Geneva Convention – which governs the treatment of civilians in occupied territory – to the West Bank and Gaza Strip, a Justice Ministry legal team has recommended, though it said that the international treaty must be applied in a way that maintains Israel's right to assume security responsibility in those areas.

The team was appointed by Attorney General Menachem Mazuz to examine the implications of the international Court of Justice's July 9 ruling on the separation fence.

If the team's recommendation is accepted, it would represent a U-turn in the consistent policy of all previous Israeli governments, which has been not to apply the Geneva Convention to the territories. Israel's position is that there was no recognized sovereign in these areas before 1967, so they are not „occupied territory“ as defined in the convention.

Israel has agreed to apply the convention's humanitarian provisions de facto, but has always stressed that this does not constitute formal acceptance of the convention's applicability. In particular, Israel rejects the claim that the settlements violate the convention, which forbids the transfer of civilians into occupied territory.

The Palestinians and their international supporters oppose Israel's position, and have sponsored numerous United Nations resolutions stating that the treaty does apply to the territories, and is binding on Israel. The International Court of Justice accepted this position in its advisory opinion on the fence.

The Justice Ministry team, headed by Deputy Attorney General Shavit Mattias, suggested that the government change its approach to the convention, to UN rapporteurs in the territories, and to the International Court. It argued that Israeli officials should refrain from attacking the court, and that the fence's route must demonstrate „sensitivity“ to the court's ruling.

It also said that in light of court's ruling, Israel should reconsider the way in which the army and other Israeli agencies operate in the territories. The ruling could serve as a basis for anti-Israel activity in international forums, and could even lead to sanctions, it warned.

The team recommended building the fence as close as possible to the Green Line, taking into account security needs and the need to minimize harm to Palestinians. Where settlements about the Green Line, it said, the fence should lie as close as possible to the outermost houses of these settlements. However, the Justice Ministry legal team declined to make recommendations about the fence's route in Jerusalem.

It also recommended adjusting the „permit regime“ instituted for Palestinians living near the fence, in accordance with the principles of international humanitarian law.

The defense establishment is scheduled to present the cabinet in early September with the revised route of the fence between Elkana and Jerusalem. The new route was necessitated by a

High Court of Justice ruling on June 30 that disallowed a section of the fence northwest of Jerusalem due to the harm it caused local residents.

The International Court of Justice ruling on July 9 said the fence cannot be built in „occupied Palestinian territory“, meaning anywhere over the Green Line, and that Israel must dismantle existing sections and compensate the Palestinians. It also ruled that the occupation and the settlements violate International law.

The UN General Assembly adopted this opinion on July 20, and is expected to discuss the issue again in September, when the Palestinians are likely to request sanctions against Israel. Should the Americans, as expected, veto this idea in the Security Council, the Palestinians will ask the General Assembly to recommend that member states impose sanctions.

<http://www.haaretz.com/hasen/objects/pages/PrintArticleEn.jhtml?itemNo=468600>

Verpflichtungen der UN-Staaten gegenüber Israel

Resolution A/Res/ES-10/15 vom 02.08.2004

Wenige Wochen nach dem Spruch der Den Haager Richter wurde das Gutachten des IGH von der UNO-Vollversammlung offiziell zur Kenntnis genommen. Die Resolution vom 2. August 2004 begrüßt das Urteil nur sehr zurückhaltend – was die Bedingung dafür war, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach langen Verhandlungen dem Entwurf zugestimmt haben. Die Resolution zitiert die Leitsätze vom Schluss des Gutachtens im vollen Wortlaut und bekräftigt die Pflichten Israels, der Palästinensischen Autonomiebehörde und aller Drittstaaten. Bei den Drittstaaten sind vor allem die 192 Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention im Blick. Sie könnten auf Initiative der Schweiz erneut zu einer Konferenz der Hohen Vertragsparteien zusammenkommen. Noch wichtiger aber ist: Die Staaten, die die Genfer Konventionen unterzeichnet haben, sind zuallererst verpflichtet, die Bestimmungen der Konvention in ihren unterschiedlichen Beziehungen zu Israel einzuhalten.

Quelle: www.un.org (Website der Vereinten Nationen)

UNITED NATIONS



General Assembly

Distr.
GENERAL

A/RES/ES-10/15
2 August 2004

Tenth emergency special session
Agenda item 5

Resolution adopted by the General Assembly

[without reference to a Main Committee (A/ES-10/L.18/Rev.1)]

ES-10/15. Advisory opinion of the International Court of Justice on the *Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory*, including in and around East Jerusalem

The General Assembly,

Guided by the principles enshrined in the Charter of the United Nations,

Considering that the promotion of respect for the obligations arising from the Charter and other instruments and rules of international law is among the basic purposes and principles of the United Nations,

Recalling its resolution 2625 (XXV) of 24 October 1970, on the Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation among States in accordance with the Charter of the United Nations,

Reaffirming the illegality of any territorial acquisition resulting from the threat or use of force,

Recalling the Regulations annexed to the Hague Convention Respecting the Laws and Customs of War on Land of 1907,¹

Recalling also the Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War of 12 August 1949,² and relevant provisions of customary law, including those codified in Additional Protocol I to the Geneva Conventions,³

Recalling further the International Covenant on Civil and Political Rights,⁴ the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights⁴ and the Convention on the Rights of the Child,⁵

Reaffirming the permanent responsibility of the United Nations towards the question of Palestine until it is resolved in all aspects in a satisfactory manner on the basis of international legitimacy,

Recalling relevant Security Council resolutions, including resolutions 242 (1967) of 22 November 1967, 338 (1973) of 22 October 1973, 446 (1979) of 22 March 1979, 452 (1979) of 20 July 1979, 465 (1980) of 1 March 1980, 476 (1980) of 30 June 1980, 478 (1980) of 20 August 1980, 904 (1994) of 18 March 1994, 1073 (1996) of 28 September 1996, 1397 (2002) of 12 March 2002, 1515 (2003) of 19 November 2003 and 1544 (2004) of 19 May 2004,

Recalling also the resolutions of its tenth emergency special session on illegal Israeli actions in Occupied East Jerusalem and the rest of the Occupied Palestinian Territory,

Reaffirming the most recent resolution of the fifty-eighth session of the General Assembly on the status of the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, resolution 58/292 of 6 May 2004,

Reaffirming also the right of the Palestinian people to self-determination, including their right to their independent State of Palestine,

Reaffirming further the commitment to the two-State solution of Israel and Palestine, living side by side in peace and security within recognized borders, based on the pre-1967 borders,

Condemning all acts of violence, terrorism and destruction,

Calling upon both parties to fulfil their obligations under relevant provisions of the road map,⁶ the Palestinian Authority to undertake visible efforts on the ground to arrest, disrupt and restrain individuals and groups conducting and planning violent attacks, and the Government of Israel to take no actions undermining trust, including deportations and attacks on civilians and extrajudicial killings,

Reaffirming that all States have the right and the duty to take actions in conformity with international law and international humanitarian law to counter deadly acts of violence against their civilian population in order to protect the lives of their citizens,

Recalling its resolution ES-10/13 of 21 October 2003, in which it demanded that Israel stop and reverse the construction of the wall in the Occupied Palestinian Territory, including in and around East Jerusalem,

Recalling also its resolution ES-10/14 of 8 December 2003, in which it requested the International Court of Justice to urgently render an advisory opinion on the following question:

"What are the legal consequences arising from the construction of the wall being built by Israel, the occupying Power, in the Occupied Palestinian Territory, including in and around East Jerusalem, as described in the report of the Secretary-General, considering the rules and principles of international law, including the Fourth Geneva Convention, of 1949, and relevant Security Council and General Assembly resolutions?"

Having received with respect the advisory opinion of the Court on the *Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory*, rendered on 9 July 2004,⁷

Noting in particular that the Court replied to the question put forth by the General Assembly in resolution ES-10/14 as follows:⁸

"A. The construction of the wall being built by Israel, the occupying Power, in the Occupied Palestinian Territory, including in and around East Jerusalem, and its associated regime, are contrary to international law;

"B. Israel is under an obligation to terminate its breaches of international law; it is under an obligation to cease forthwith the works of construction of the wall being built in the Occupied Palestinian Territory, including in and around East Jerusalem, to dismantle forthwith the structure therein situated, and to repeal or render ineffective forthwith all legislative and regulatory acts relating thereto, in accordance with paragraph 151 of this Opinion;

"C. Israel is under an obligation to make reparation for all damage caused by the construction of the wall in the Occupied Palestinian Territory, including in and around East Jerusalem;

"D. All States are under an obligation not to recognize the illegal situation resulting from the construction of the wall and not to render aid or assistance in maintaining the situation created by such construction; all States Parties to the Fourth Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War of 12 August 1949 have in addition the obligation, while respecting the United Nations Charter and international law, to ensure compliance by Israel with international humanitarian law as embodied in that Convention;

"E. The United Nations, and especially the General Assembly and the Security Council, should consider what further action is required to bring to an end the illegal situation resulting from the construction of the wall and the associated regime, taking due account of the present Advisory Opinion."

Noting that the Court concluded that "the Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory (including East Jerusalem) have been established in breach of international law",⁹

Noting also the statement made by the Court that "Israel and Palestine are under an obligation scrupulously to observe the rules of international humanitarian law, one of the paramount purposes of which is to protect civilian life",¹⁰ and that "in the Court's view, this tragic situation can be brought to an end only through implementation in good faith of all relevant Security Council resolutions, in particular resolutions 242 (1967) and 338 (1973)",¹⁰

Considering that respect for the Court and its functions is essential to the rule of law and reason in international affairs,

1. *Acknowledges* the advisory opinion of the International Court of Justice of 9 July 2004 on the *Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory*,⁷ including in and around East Jerusalem;

2. *Demands* that Israel, the occupying Power, comply with its legal obligations as mentioned in the advisory opinion;

3. *Calls upon* all States Members of the United Nations to comply with their legal obligations as mentioned in the advisory opinion;
4. *Requests* the Secretary-General to establish a register of damage caused to all natural or legal persons concerned in connection with paragraphs 152 and 153 of the advisory opinion;
5. *Decides* to reconvene to assess the implementation of the present resolution, with the aim of ending the illegal situation resulting from the construction of the wall and its associated regime in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem;
6. *Calls upon* both the Government of Israel and the Palestinian Authority to immediately implement their obligations under the road map,⁶ in cooperation with the Quartet, as endorsed by Security Council resolution 1515 (2003), to achieve the vision of two States living side by side in peace and security, and emphasizes that both Israel and the Palestinian Authority are under an obligation scrupulously to observe the rules of international humanitarian law;
7. *Calls upon* all States parties to the Fourth Geneva Convention² to ensure respect by Israel for the Convention, and invites Switzerland, in its capacity as the depositary of the Geneva Conventions,¹¹ to conduct consultations and to report to the General Assembly on the matter, including with regard to the possibility of resuming the Conference of High Contracting Parties to the Fourth Geneva Convention;
8. *Decides* to adjourn the tenth emergency special session temporarily and to authorize the President of the General Assembly at its most recent session to resume its meeting upon request from Member States.

*27th plenary meeting
20 July 2004*

Notes

- | | |
|---|---|
| <p>¹ See Carnegie Endowment for International Peace, <i>The Hague Conventions and Declarations of 1899 and 1907</i> (New York, Oxford University Press, 1915).</p> <p>² United Nations, <i>Treaty Series</i>, vol. 75, No. 973.</p> <p>³ <i>Ibid.</i>, vol. 1125, No. 17512.</p> <p>⁴ See resolution 2200 A (XXI), annex.</p> <p>⁵ Resolution 44/25, annex.</p> <p>⁶ S/2003/529, annex.</p> | <p>⁷ See A/ES-10/273 and Corr.1.</p> <p>⁸ <i>Ibid.</i>, para. 163.</p> <p>⁹ <i>Ibid.</i>, para. 120.</p> <p>¹⁰ <i>Ibid.</i>, para. 162.</p> <p>¹¹ United Nations, <i>Treaty Series</i>, vol. 75, Nos. 970–973.</p> |
|---|---|

Die EU setzt das humanitäre Völkerrecht gegenüber Israel nicht durch Assoziierungsabkommen (Europa-Mittelmeer-Abkommen) zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel (Auszüge)

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention. Sie alle sind nach Art. 1 verpflichtet, das Abkommen „einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen“. Das bedeutet konkret: Wie immer die Beziehungen der EU-Staaten zu Konfliktparteien oder Besatzungsmächten weltweit aussehen, sie dürfen nicht in Widerspruch zu den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts geraten.

In der Anwendung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel gibt es seit Jahren über genau diesen Punkt politische Spannungen. Israel wendet das Assoziierungsabkommen mit der EU auf seine völkerrechtswidrigen Siedlungen in den besetzten Gebieten an: Es erhebt Anspruch auf Zollvergünstigungen für Waren aus den völkerrechtswidrig errichteten Siedlungen. Dieser vertragswidrige Versuch Israels, sich eine indirekte internationale Anerkennung von Siedlungen zu ‚erhandeln‘, ist bislang von der EU nicht mit der notwendigen Deutlichkeit zurückgewiesen worden.

Die Europäische Kommission hat die israelischen Zollbescheinigungen, die Siedlungsprodukten

ein ‚Made in Israel‘ bescheinigen, bislang nicht für unrechtmäßig erklärt. Es gibt bisher lediglich improvisierte Überprüfungen einzelner Produkte – aber eine korrekte Lösung des Problems, die die Geltung des humanitären Völkerrechts sichtbar untermauern würde, wurde bislang auf die lange Bank geschoben.

Quelle: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 21.6.2000, L 147/Deutsch

http://europa.eu.int/eur-lex/de/search/search_oj.html (Webportal EUR-LEX / Recht der Europäischen Union)

Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Staat Israel andererseits

Artikel 1

Zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Israel andererseits wird eine Assoziation gegründet. [...]

Artikel 2

Die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien ebenso wie alle Bestimmungen des Abkommens beruhen auf der *Achtung der Menschenrechte und der Grundsätze der Demokratie*, von denen die Vertragsparteien sich bei ihrer Innen- und Außenpolitik leiten lassen und die ein wesentliches Element dieses Abkommens sind.

Artikel 83

Dieses Abkommen gilt für die Gebiete, in denen der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl angewandt werden, und nach Maßgabe jener Verträge einerseits sowie *für das Gebiet des Staates Israel* andererseits.

Protokoll Nr. 4 über die Bestimmung des Begriffs „Erzeugnisse mit Ursprung in“ oder „Ursprungserzeugnisse“

Protokoll Nr. 4, Artikel 2 - Ursprungskriterien

Für die Zwecke des Abkommens gelten [...] als *Ursprungserzeugnisse Israels*

- a) Erzeugnisse, die im Sinne des Artikels 4 dieses Protokolls vollständig in Israel gewonnen oder hergestellt worden sind;
- b) Erzeugnisse, die in Israel unter Verwendung von Vormaterialien hergestellt worden sind, die dort nicht vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind, vorausgesetzt, dass diese Vormaterialien in Israel im Sinne des Artikels 5 dieses Protokolls in ausreichendem Maße be- oder verarbeitet worden sind.

Protokoll Nr. 4, Artikel 32 – Prüfung der Ursprungsnachweise

(1) Nachträgliche Prüfungen der Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 oder der Erklärungen auf der Rechnung erfolgen stichprobenweise oder immer dann, wenn die Zollbehörden des Einfuhrlands begründete Zweifel an der Echtheit des Papiers, der Ursprungseigenschaft der betreffenden Erzeugnisse oder der Erfüllung der übrigen Bedingungen dieses Protokolls haben.

(2) Zur Anwendung des Absatzes 1 senden die Zollbehörden des Einfuhrlands die Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 und die Rechnung, wenn sie vorgelegt worden ist, oder eine Abschrift davon an die Zollbehörden des Ausfuhrlands zurück, gegebenenfalls unter Angabe der sachlichen oder formalen Gründe, die eine Untersuchung rechtfertigen.

Zur Begründung des Antrags auf nachträgliche Prüfung übermitteln sie alle Unterlagen und teilen

alle bekannten Umstände mit, die auf die Unrichtigkeit der Angaben in der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder in der Erklärung auf der Rechnung schließen lassen.

(3) Diese Prüfung wird von den Zollbehörden des Ausfuhrlands durchgeführt. Sie sind berechtigt, die Vorlage von Belegen zu verlangen und jede Art von Überprüfung der Buchführung des Ausführers oder sonstige von ihnen für zweckdienlich erachtete Kontrollen durchzuführen.

(4) Wenn die Zollbehörden des Einfuhrlands bis zum Eingang des Ergebnisses der Prüfung für das betreffende Erzeugnis die Präferenzbehandlung nicht gewähren, können sie dem Einführer vorbehaltlich der für notwendig erachteten Sicherungsmaßnahmen die Waren freigeben.

(5) Das Ergebnis dieser Prüfung ist den Zollbehörden, die die Prüfung beantragt haben, binnen zehn Monaten mitzuteilen. Anhand dieses Ergebnisses muß sich eindeutig feststellen lassen, ob die Nachweise echt sind und ob die Waren als Ursprungserzeugnisse angesehen werden können und die übrigen Bedingungen dieses Protokolls erfüllt sind. Wurden die Kumulierungsbestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 und des Artikels 18 Absatz 4 angewandt, so hat die Antwort Abschriften der Warenverkehrsbescheinigungen oder der Erklärungen auf der Rechnung zu enthalten, auf die sich die Prüfung gestützt hat.

(6) Ist bei begründeten Zweifeln binnen zehn Monaten keine Antwort erfolgt oder enthält die Antwort keine ausreichenden Angaben, um feststellen zu können, ob der betreffende Nachweis echt oder welches der tatsächliche Ursprung der Waren ist, so lehnen die Zollbehörden, die die Prüfung beantragt haben, die Gewährung der Präferenzbehandlung ab, es sei denn, es liegen Fälle höherer Gewalt oder außergewöhnliche Umstände vor.

Quelle: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 21.6.2000, L 147/Deutsch
(Website EUR-LEX: http://europa.eu.int/eur-lex/de/search/search_oj.html)

Official Journal L 147, 21/06/2000 P. 0003 – 0171

Euro-Mediterranean Agreement

establishing an association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the State of Israel, of the other part

Article 1

1. An association is hereby established between the Community and its Member States, of the one part, and Israel, of the other part. (..)

Article 2

Relations between the Parties, as well as all the provisions of the Agreement itself, shall be based on respect for human rights and democratic principles, which guides their internal and international policy and constitutes an essential element of this Agreement.

Article 83

This Agreement shall apply, on the one hand, to the territories in which the Treaties establishing the European Community and the European Coal And Steel Community are applied and under the conditions laid down in those Treaties and, on the other hand, to the territory of the State of Israel.

Protocol 4

concerning the definition of the concept of "originating products" and methods of administrative cooperation

Title II

Definition of the concept of "originating products"

Article 2
Origin criteria

For the purpose of implementing the Agreement and without prejudice to the provisions of Article 3 of this Protocol, the following products shall be considered as:

(...)

2. Products originating in Israel:

(a) products wholly obtained in Israel within the meaning of Article 4 of this Protocol;

(b) products obtained in Israel which contain materials not wholly obtained there, provided that the said materials have undergone sufficient working or processing in Israel within the meaning of Article 5 of this Protocol.

Article 32
Verification of proof of origin

1. Subsequent verification of movement certificates EUR.1 and of invoice declarations shall be carried out at random or whenever the customs authorities of the importing State have reasonable doubt as to the authenticity of such documents, the originating status of the products concerned or the fulfilment of the other requirements of this Protocol.

2. For the purposes of implementing the provisions of paragraph 1, the customs authorities of the importing country shall return the movement certificate EUR.1, and the invoice, if it has been submitted, or the invoice declaration, or a copy of these documents, to the customs authorities of the exporting country giving, where appropriate, the reasons of substance or form for an inquiry.

They shall forward, in support of the request for subsequent verification, any documents and information that have been obtained suggesting that the information given on the movement certificate EUR.1 or the invoice declaration is incorrect.

3. The verification shall be carried out by the customs authorities of the exporting country. For this purpose, they shall have the right to call for any evidence and to carry out any inspection of the exporter's accounts or any other check which they consider appropriate.

4. If the customs authorities of the importing country decide to suspend the granting of preferential treatment to the products concerned while awaiting the results of the verification, they shall offer to release the products to the importer subject to any precautionary measures judged necessary.

5. The customs authorities requesting the verification shall be informed of the results of this verification within a maximum period of 10 months. These results must indicate clearly whether the documents are authentic and whether the products concerned can be considered as originating products and fulfil the other requirements of this Protocol.

Where the cumulation provisions of Article 3 (2) and Article 18 (4) were applied, the reply shall include a copy (copies) of the movement certificate(s) or invoice declaration(s) relied upon.

6. If in cases of reasonable doubt there is no reply within 10 months or if the reply does not contain sufficient information to determine the authenticity of the document in question or the real origin of the products, the requesting customs authorities shall, except in the case of force majeure or in exceptional circumstances, refuse entitlement to the preferences.

(...)